
Gerechte Chancen im schulischen Bildungssystem wahren!

I.

Die FDP lehnt die vom SPD-Bundesparteitag und Bundesvorstand beschlossene Einführung der Einheitsschule für alle Kinder bis zum 10. Schuljahr entschieden ab. In diesem Zusammenhang sprechen sich die Liberalen gegen die von der SPD-Landesregierung geplanten ersten Schritte - die flächendeckende Einführung der Realschule Plus sowie den verstärkten Ausbau Integrierter Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz - aus. Die vollständige Abschaffung von Haupt- und Realschulen halten die Liberalen aufgrund der folgenden Risiken für den falschen Weg, um unsere Schulstruktur zukunftsfähig zu gestalten:

1. Die ungelösten Probleme der Hauptschule werden in die Realschule hinein verlagert. Die Ablehnung, die die Hauptschule heute in der Elternschaft erfährt, droht sich damit auf die neue Realschule Plus zu übertragen. Die Entwicklung in Bundesländern, die eine analoge Reform bereits durchgeführt haben (z.B. Bremen, Sachsen), zeigen, dass die neue Schule jeweils noch schlechter angenommen wird als die frühere Hauptschule.
2. Den Gymnasien, die bereits heute unter stetig steigenden Schülerzahlen und einem immer breiteren Leistungsspektrum leiden, droht ein massiver Qualitätsverlust. Sie geraten räumlich und pädagogisch an ihre Kapazitätsgrenzen. Schon heute wählen rund 40 Prozent der Eltern nach Ankündigung der Schulreform für ihr Kind das Gymnasium aus – auch ohne entsprechende Empfehlung. In Bremen hat die Zwangsfusion von Haupt- und Realschulen dazu geführt, dass mittlerweile über die Hälfte der Kinder nach der Grundschule ein Gymnasium besuchen – hiervon bis zu 40 Prozent ohne Gymnasialempfehlung.
3. Die von der Landesregierung geplante massive Ausweitung des Angebots Integrierter Gesamtschulen wird weder zu mehr Bildungsqualität noch zu besseren Bildungschancen unabhängig vom sozialen Hintergrund des Elternhauses führen. Im Rahmen der PISA-Studien erbrachte die IGS lediglich Ergebnisse knapp über dem Hauptschulniveau – mit deutlichem Anstand zu den Leistungen der Realschule – obwohl immer auch künftige Abiturienten getestet wurden. Eine umfangreiche Langzeitstudie des Reformpädagogen Helmut Fend hat außerdem nachgewiesen, dass die IGS es nicht schafft, Schüler unabhängig von ihrer sozialen Situation im Elternhaus zu fördern.
4. Vor dem Hintergrund eines drohenden Fachkräftemangels aufgrund der demographischen Entwicklung ist es nicht sinnvoll, junge Menschen immer länger im allgemein bildenden Schulsystem auszubilden. Vielmehr wird es darauf ankommen, sie bereits in der Sekundarstufe I verstärkt auf eine Berufsausbildung vorzubereiten, die berufliche Bildung zu stärken und in ihrem Rahmen Durchlässigkeit und Aufstiegsmöglichkeiten auszubauen.

II:

Vor dem Hintergrund des massiven Qualitätsverlustes, der für das gesamte Rheinland-pfälzische Bildungssystem zu erwarten ist, lehnt die FDP den Gesetzentwurf der SPD-Alleinregierung ab. Wird dieser von der absoluten Mehrheit im Landtag unverändert durchgesetzt, fordert die FDP, zumindest folgende Maßnahmen nachträglich umzusetzen, um die genannten Folgen der Schulreform abzumildern:

1. Die Klassengröße muss bei zunehmend heterogenen Lerngruppen deutlich gesenkt werden. Das bisher lediglich vorgesehene Absenken der Schülerzahl auf 25 in der Orientierungsstufe der Realschule Plus reicht nicht aus, um Schülerinnen und Schülern in fusionierten Haupt- und Realschulen, Integrierten Gesamtschulen und stark leistungsheterogenen Gymnasien künftig individuell gerecht zu werden.

2. Längeres gemeinsames Lernen ist nur dort erfolgreich, wo Schulen über ein breites Spektrum innerer Differenzierungsmöglichkeiten verfügen. Dazu gehören neben der Möglichkeit des „Team-teachings“ – der differenzierenden Arbeit durch jeweils zwei Lehrkräfte im Unterricht – auch Fachkräfte anderer Professionen. Analog zum PISA-Sieger Finnland müssen auch in Rheinland-Pfalz die notwendigen Grundvoraussetzungen geschaffen werden, um Kinder und Jugendliche mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen, Talenten und Herausforderungen differenziert zu fördern und zu fordern.

3. Lernschwache Schülerinnen und Schüler dürfen nicht erst dann gezielte Unterstützung erfahren, wenn sie schulisch bereits gescheitert sind. Statt eines zusätzlichen 10. Schuljahres, wie es die SPD-Regierung mit ihrem Projekt „Keiner ohne Abschluss“ vorsieht, fordert die FDP eine gezielte Förderung von lernschwachen Schülerinnen und Schülern ab Klasse 5. Mit dem Ziel, einen regulären Hauptschulabschluss (Berufreife) zu erreichen, sollen Kinder mit Lerndefiziten von Anfang an in kleinen Gruppen (12-15 Schüler) vor allem in den Kernfächern systematisch gefördert werden.

4. Um die Qualität der Bildungsangebote- und abschlüsse sicherzustellen, muss die Landesregierung ihre Verweigerungshaltung hinsichtlich der Einführung zentraler Abschlussprüfungen für alle Schulabschlüsse endlich aufgeben. Die FDP fordert, dass auch Rheinland-Pfalz als nunmehr letztes Bundesland das Zentralabitur und zentrale Abschlussprüfungen für die mittleren Bildungsabschlüsse einführt und gezielt zur Qualitätssteigerung nutzt.

5. Ein Bildungssystem, das allgemeine und berufliche Bildung als gleichwertig anerkennt, ist Garant für Chancengerechtigkeit, Durchlässigkeit und Aufstiegsmöglichkeiten. Die berufliche Bildung und die duale Berufsausbildung als international anerkannte Qualitätsmerkmale unserer Bildungslandschaft dürfen im Rahmen der Reform nicht geschwächt, sondern müssen weiter kontinuierlich gestärkt werden. Für die mittleren Bildungsgänge der Sekundarstufe I fordert die FDP eine flächendeckende Kooperation mit Betrieben und Berufsbildenden Schulen sowie systematische Berufsvorbereitung und Praxisorientierung nach dem Modell der Dualen Oberschule.

Die Anerkennung der dualen Ausbildung für den Hochschulzugang muss weiter ausgebaut werden. Auszubildende mit besonderen Begabungen brauchen im Rahmen der berufsbildenden schulischen Bildung besondere Lernangebote und – anreize. Duale Studiengänge müssen in Rheinland-Pfalz als fester Bestandteil der Hochschullandschaft systematisch ausgebaut werden.
